

Nr. 16/666

Wahl eines Mitglieds des Landesrechnungshofs

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt

Frau Dr. Monika B r o c k m ü l l e r

zum Mitglied des Landesrechnungshofs.

Nr. 16/667

Ganztagsschulen weiter ausbauen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 31. Mai 2005
(Drucksache 16/639)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Bildung.

Nr. 16/668

**Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr im Lande Bremen
– Zwischenbericht 2005 –**

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2005
(Drucksache 16/640)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/669

**Zwischenbericht zu einem Gesetz zur Schaffung von Standortgemeinschaften in
Stadtquartieren**

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2005
(Drucksache 16/641)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/670

Sanierung der bremischen Haushalte

– Jahresbericht 2004 –

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/650)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/671

Konsequenzen aus dem Scheitern der Sanierung der bremischen Haushalte

Antrag (Entschließung) des Abgeordneten Willy Wedler (FDP)
vom 12. September 2005
(Drucksache 16/748)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 16/672

Bericht über Haushaltsnotlage des Bundeslandes Bremen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 13. September 2005
(Drucksache 16/750)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 16/673

Sanierungsstrategie steht nicht zur Disposition – Haushaltssanierung fortsetzen!

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. September 2005
(Drucksache 16/753)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die vom Bundesverfassungsgericht vorgegebenen Auflagen und die am Sanierungsziel ausgerichteten eigenen Zielsetzungen des Landes Bremen im Sanierungszeitraum 1994 bis 2004 erfüllt bzw. sogar übererfüllt wurden. Insofern weist die Bürgerschaft (Landtag) die Kritik an der Sanierungsstrategie des Landes entschieden zurück. Die im Finanzausgleichsgesetz geregelten Bedingungen für die Verwendung der Sanierungsbeiträge wurden ebenso eingehalten wie die Vorgaben des Finanzplanungsrates. Erreicht wurde weiterhin eine überdurchschnittliche Ausgabenbegrenzung in Kombination mit besonderen Investitionsanstrengungen, um den ökonomischen Aufholprozess des Bundeslandes fortzusetzen. Ausschließlich in der höchst problematischen Einnahmesituation des Landes liegt nach Auffassung der Bremischen Bürgerschaft die entscheidende Ursache für das Nichterreichen des Sanierungsziels bis zum Jahr 2005.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass trotz der Hilfen des Bundes die Befreiung der Freien Hansestadt Bremen aus der extremen Haushaltsnotlage noch nicht abgeschlossen ist. Obwohl die Eigenanstrengungen des Landes weit über die erteilten Auflagen hinausgegangen sind, haben aufgrund der sich dramatisch verschlechterten Rahmenbedingungen keine wirklichen Realisierungschancen für die Sanierung des Landes bestanden.
3. Die Konsolidierungsfortschritte des Landes spiegeln sich vornehmlich in der Ausgabenentwicklung wider. Die Bürgerschaft (Landtag) betont die hier erreichten überdurchschnittlichen Eigenbeiträge zur Haushaltssanierung. Die Freie Hansestadt Bremen hat die Gesamt-Ausgabenentwicklung des Stadtstaates fast durchweg unterhalb der Vergleichswerte der übrigen (West-)Bundesländer und Gemeinden gehalten. Die Möglichkeiten, über die Anpassung von Ausgaben weitere grundlegende Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung zu erreichen, schätzt die Bürgerschaft (Landtag) als gering ein.
4. Mit Sorge beobachtet die Bürgerschaft (Landtag) die nach wie vor hoch problematische Einnahmeseite des Stadtstaates, die auf ein stagnierendes Volumen steuerabhängiger Einnahmen zurückzuführen ist und auf der Benachteiligung Bremens im bundesstaatlichen Finanzausgleich beruht. Sie stellt fest, dass die zu Beginn des Sanierungszeitraums zugrunde gelegten Berechnungen und Prognosen zur Entwicklung der Steuereinnahmen sich als nicht realisierbar erwiesen haben. Ein erheblicher Anteil der Mindereinnahmen resultiert dabei aus

den Steuersenkungsgesetzen des Jahres 2000. Eigene Gestaltungsspielräume bei den steuerabhängigen Einnahmen hat das Land Bremen dagegen voll ausgeschöpft.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) steht zu der Investitionspolitik des Landes. Die konsequente Nutzung von Gestaltungsspielräumen zur Finanzierung infrastruktureller Investitionsvorhaben ist alternativlos. Wirtschafts- und finanzstärkende Maßnahmen schaffen die dringend erforderlichen Voraussetzungen, um den langjährigen Entkoppelungsprozess Bremens von der bundesweiten Wirtschaftsentwicklung wirkungsvoll umzukehren.
6. Am Ziel der Sanierungsstrategie, den ökonomischen Wachstumsrückstand auszugleichen, verbunden mit einem konsequenten Schuldenabbau, hält die Bürgerschaft (Landtag) auch für die Zukunft fest. Die Bürgerschaft (Landtag) befürwortet, auch weiterhin maximale eigene Beiträge zur Überwindung der extremen Haushaltsnotlage zu leisten, setzt sich aber gleichzeitig dafür ein, auf Bundesebene eine Änderung der Finanzverteilung zwischen den Bundesländern zu erreichen. Insofern befürwortet und unterstützt die Bürgerschaft (Landtag) eine weitere Klage des Landes Bremen vor dem Bundesverfassungsgericht.

Nr. 16/674

Mädchen und Frauen vor Zwangsverheiratung schützen

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2005
(Drucksache 16/653)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 16/675

Ausbau der Schleusen Dörverden und Minden sowie Anpassung der Mittelweser an den Verkehr von Großmotorgüterschiffen (GMS)

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 15. Juni 2005
(Drucksache 16/657)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Benehmen mit der niedersächsischen Landesregierung ihren Einfluss gegenüber dem Bundesverkehrsministerium dahingehend geltend zu machen, dass der geplante Ausbau der Schleusen in Dörverden und Minden sowie die Ausbaumaßnahmen der Flussstrecken und Schleusenkanäle der Mittelweser gemäß den im Planfeststellungsverfahren vorgesehenen Ausbaustandards für den Verkehr von Großmotorgüterschiffen bis spätestens 2010 fertiggestellt werden.

Die erforderlichen Baumaßnahmen, aber auch die Vertiefung von Unter- und Außenweser müssen daher mit höchster Priorität umgesetzt und die hierfür notwendigen Finanzmittel vorrangig im Wasserstraßenhaushalt des Bundes bereitgestellt werden.

Nr. 16/676

Umsetzung der Schulzeitverkürzung an Gymnasien im Lande Bremen

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 17. Juni 2005
(Drucksache 16/658)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005

(Drucksache 16/723)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/677

Übergang von der Schule in die Berufsausbildung verbessern

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 17. Juni 2005
(Drucksache 16/659)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 2. August 2005

(Drucksache 16/709)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/678

Gesetz zur Anpassung des Landesrechts an das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/669)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 16/679

Stand der Umsetzung des Gender-Mainstreaming-Konzeptes in der bremischen Verwaltung

– Erster Zwischenbericht –

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/670)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Mitteilung des Senats zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau.

Nr. 16/680

Nachwahl für den Landesjugendhilfeausschuss

Mitteilung des Senats vom 21. Juni 2005
(Drucksache 16/671)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle der Abgeordneten Sandra Speckert zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 16/681

Perspektiven des Kreuzfahrttourismus

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 27. Juni 2005
(Drucksache 16/675)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 9. August 2005

(Drucksache 16/720)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 16/682

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 34
vom 12. Juli 2005**

(Drucksache 16/686)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/683

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 35
vom 30. August 2005**

(Drucksache 16/731)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 16/684

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Wahlprüfungsgerichts

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Heiko S t r o h m a n n

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jörg Jäger zum stellvertretenden Mitglied des Wahlprüfungsgerichts.

Nr. 16/685

**Wahl eines Mitglieds des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten,
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jörg Jäger zum Mitglied des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 16/686

**Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für
Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten**

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sabine A k k e r m a n n

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jörg Jäger zum Mitglied und den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle der Abgeordneten Sabine Akkermann zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 16/687

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Performa Nord

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Sandra A h r e n s

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jörg Jäger zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Performa Nord.

Nr. 16/688

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Fidatas Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Rainer B e n s c h

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jörg Jäger zum stellvertretenden Mitglied des Betriebsausschusses Fidatas Bremen.

Nr. 16/689

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Wissenschaft

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Dr. Wolfgang S c h r ö r s

anstelle des aus der Bürgerschaft ausgeschiedenen Abgeordneten Jörg Jäger zum Mitglied der staatlichen Deputation für Wissenschaft.

Nr. 16/690

Stellungnahme des Senats zum 27. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz

Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/737)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist die Stellungnahme des Senats zum 27. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zur Beratung und Berichterstattung an den Rechtsausschuss.

Nr. 16/691

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Wolfgang P f a h l

anstelle der Abgeordneten Dr. Iris Spieß zum Mitglied und die Abgeordnete

Dr. Iris S p i e ß

anstelle des Abgeordneten Wolfgang Pfahl zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen.

Nr. 16/692

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Kultur

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Dr. Iris S p i e ß

anstelle des Abgeordneten Dr. Wolfgang Schrörs zum Mitglied der staatlichen Deputation für Kultur.

Nr. 16/693

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes und des Bremischen Schulgesetzes
Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2005
(Drucksache 16/676)
1. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 13. September 2005
(Drucksache 16/749)
2. Bundes- und Landesanteil an der finanziellen Existenzgründungsförderung
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juli 2005
(Drucksache 16/679)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005
(Drucksache 16/725)
3. In Kinder investieren heißt in die Zukunft investieren: Qualifikation der Erzieherinnen und Erzieher in den Tageseinrichtungen erhöhen
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Juli 2005
(Drucksache 16/684)
4. Gesetz zur Einführung des Verbandsklagerechts für Tierschutzvereine
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/685)
1. Lesung
5. Bericht über die Tätigkeit der mit Förderaufgaben beauftragten juristischen Personen des privaten Rechts für das Jahr 2004
(Beleihungsbericht 2004)
Mitteilung des Senats vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/687)
6. Luftqualität verbessern – Feinstaubbelastung von Industrieanlagen verringern
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 12. Juli 2005
(Drucksache 16/690)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 16. August 2005
(Drucksache 16/726)
7. Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche im Lande Bremen in Kindergarten und Schule
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 13. Juli 2005
(Drucksache 16/691)
8. Auditierung Beruf und Familie im Konzern Bremen
Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 13. Juli 2005
(Drucksache 16/692)

9. Gesetzliche Regelungen für mehr Transparenz durch Offenlegung von Vorstands- und Geschäftsführervergütungen auch bei den „Gesellschaften des Konzerns Bremen“
Große Anfrage der Fraktion der SPD vom 18. Juli 2005
(Neufassung der Drs. 16/693 vom 13.07.05)
(Drucksache 16/702)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/733)
10. Zukunftsinvestitionen in die Köpfe
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 13. Juli 2005
(Drucksache 16/694)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. August 2005
(Drucksache 16/710)
11. Zukunft der Elternbildung in Bremen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Juli 2005
(Drucksache 16/697)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/734)
12. Bedeutung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für Bremen
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 15. Juli 2005
(Drucksache 16/699)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 6. September 2005
(Drucksache 16/740)
13. Zukunft der erneuerbaren Energien
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/703)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 6. September 2005
(Drucksache 16/742)
14. Stand der Integrationsarbeit in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 15. Juli 2005
(Drucksache 16/700)
D a z u
Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/735)
15. Die deutschen Häfen – Verkehrsdrehscheibe in der Transportkette
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 15. Juli 2005
(Drucksache 16/701)
D a z u

Mitteilung des Senats vom 6. September 2005
(Drucksache 16/741)

16. Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Umweltinformationen
Mitteilung des Senats vom 19. Juli 2005
(Drucksache 16/704)
1. Lesung
17. Gewoba im Eigentum Bremens absichern
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 21. Juli 2005
(Drucksache 16/708)
18. Auflösung der Familienkasse in Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 3. August 2005
(Drucksache 16/718)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 30. August 2005
(Drucksache 16/736)
19. Keine weiteren Affenversuche an der Bremer Uni!
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 26. August 2005
(Drucksache 16/728)
20. Handlungsfähigkeit des Bremer Landgerichts durch Personalverstärkung verbessern
Antrag des Abgeordneten Siegfried Tittmann (DVU)
vom 26. August 2005
(Drucksache 16/729)
21. Rechtsstaatliches Verfahren für Bremer Guantánamo-Gefangenen Murat Kurnaz
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. August 2005
(Drucksache 16/730)

